

**PROTOKOLL**  
der öffentlichen Beiratssitzung

<b>DATUM</b>	<b>BEGINN</b>	<b>ENDE</b>	<b>SITZUNGSORT</b>
20.09.2018	19:15 Uhr	21:30 Uhr	Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn

**TEILNEHMER**

**ORTSAMT:**

Jessica Jagusch, Vorsitzende  
Olga Rudi, Protokollführerin

**BEIRAT:**

siehe anliegende Liste

**Gäste:**

- Kirsten Kreuzer (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Referat 31)
- Torsten Kaal (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Referat 61)
- Dr. Michael Schirmer (Deichhauptmann vom Vorstand des Bremischen Deichverbandes am rechten Weserufer)
- Dr. Karin Bammann und Imke Stalling (Forschungsprojekt „BUTEN AKTIV“)
- Horst-G. Feldmann (Leiter Polizeirevier Horn)

**TAGESORDNUNG:**

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 16. August 2018
3. Nutzungsänderung von einem Wohnheim für Geflüchtete in ein Studentenwohnheim in der Anne-Conway-Straße
4. Vortrag über die Auswirkungen des Klimawandels
5. Vorstellung des Forschungsprojektes „BUTEN AKTIV“
6. Anträge des Beirates
  - 6.1 Antrag der CDU-Fraktion: Bewilligung von Mitteln zur Aufstellung von vier Laternen am Weg durch die Grünanlage zwischen den Straßen „Lilienthaler Heerstraße“ und „Im Hollergrund“
  - 6.2 Antrag der SPD-Fraktion: Vorübergehende Absenkung des Bordsteines im Bereich der Baustelle in der Straße „Am Herzogenkamp“
7. Globalmittelanträge
8. Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
9. Mitteilungen der stellvertretenden Beiratssprecherin
10. Mitteilungen des Orsamtes
11. Verschiedenes

**Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung**

Frau Jagusch begrüßt die Mitglieder des Beirates, die anwesenden Referenten sowie die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils.

Herr Gülke stellt den Antrag auf Änderung der Tagesordnung. Die Punkte TOP 6: Anträge des Beirates und TOP 8: Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung sollen vorgezogen werden.

<b>Beschluss:</b>	Die vorgeschlagene Änderung der Tagesordnung wird genehmigt. <b>(einstimmig)</b>
-------------------	--

**Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 16. August 2018**

<b>Beschluss:</b>	Das Protokoll vom 16. August 2018 wird ohne Änderungen genehmigt. <b>(einstimmig)</b>
-------------------	---

## Zu TOP 3: Anträge des Beirates

### 3.1 Antrag der CDU-Fraktion: Bewilligung von Mitteln zur Aufstellung von vier Laternen am Weg durch die Grünanlage zwischen den Straßen „Lilienthaler Heerstraße“ und „Im Hollergrund“

Herr Gülke stellt den Antrag vor.

Herr Adam verweist darauf, dass seinerzeit die LKR-Fraktion einen ähnlichen Antrag bereits im Fachausschuss Umwelt und Verkehr gestellt hatte, damals jedoch für die gesamte Parkanlage. Dieser wurde abgelehnt.<sup>1</sup> Er führt weiter aus, dass bereits damals vom Umweltbetrieb Bremen darauf hingewiesen wurde, dass eine andauernde Beleuchtung die Flora und Fauna stören, gar gefährden würde. Herr Adam fragt nochmal nach, an welchen Standort genau hierbei gedacht wurde, denn die Peter-Henlein-Straße sei bereits hell genug beleuchtet.

Herr Gülke erklärt, dass die Beleuchtung in der Peter-Henlein-Straße eine Ergänzung sei, die Ausstattung mit insgesamt vier Lampen solle das Gesamtbild verbessern, damit auch das subjektive Sicherheitsgefühl jedes einzelnen verbessert wird.

Herr Mazur ergänzt, dass lediglich Verbindungswege, jedoch keine Parkanlage zu beleuchten seien.

Herr Koppel schlägt vor, die möglichen Standorte für die Lampen vor Ort zu besprechen, denn zu diesem Moment in der Sitzung sei es schwierig über die möglichen Standorte zu diskutieren. Herr Gülke stimmt Herrn Koppel zu und schlägt vor, die Details über die möglichen Standorte im Fachausschuss Umwelt und Verkehr zu besprechen.

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, eine Lampe in Höhe der Haltestelle „Peter-Henlein-Straße“, da hier ein Zugang zur Straße „Im Hollergrund“ liegt, der von vielen Personen genutzt wird, aufzustellen. Die vorhandene Beleuchtung ist leider nicht ausreichend, da Begleitgrün eine große Abschattung dieses Bereichs verursacht. Und weitere drei Lampen beim letzten Durchgang zur „Lilienthaler Heerstraße“ mit Zugängen zu den Straßen „Im Hollergrund“ und „Am Deichfleet“ anzubringen.

#### Begründung:

Der Weg entlang der Grünanlage bietet an vier Stellen einen Durchgang zur Lilienthaler Heerstraße und an acht Stellen Zugang zum Gebiet „Im Hollergrund“. Drei der Durchgänge zur Lilienthaler Heerstraße sind durch Beleuchtung auch nachts gut einsehbar. Die Durchgänge zur Straße „Im Hollergrund“ sind leider nicht alle beleuchtet. Teils durch Abschattungen durch Begleitgrün, teils durch fehlende Beleuchtung ist die Sicht in Teilen dieser Zugänge bei Dunkelheit sehr schlecht. Dies stellt speziell im Herbst (herabfallendes Laub) sowie im Winter (Glätte) ein großes Sicherheitsrisiko dar. Auch mindern diese dunklen Abschnitte das Sicherheitsempfinden der Nutzer.

**Beschluss:** Der Beirat beschließt, vier zusätzliche Lampen an den Zugängen zur Straße „Im Hollergrund“ aufzustellen und bittet den Fachausschuss Umwelt und Verkehr in seiner nächsten Sitzung die jeweiligen Standorte zu konkretisieren und abzustimmen. **(einstimmig)**

### 4.2 Antrag der SPD-Fraktion: Vorübergehende Absenkung des Bordsteines im Bereich der Baustelle in der Straße „Am Herzogenkamp“

Herr Adam stellt den Antrag vor.

<sup>1</sup> *Nachträgliche Anmerkung der Protokollführerin:* In der Sitzung des Fachausschusses Umwelt und Verkehr am 24. April 2017 wurde der Antrag der LKR-Fraktion gestellt – „Parkanlagen im Stadtteil Horn-Lehe mit Straßenbeleuchtung ausstatten“; dabei wurde beantragt die Parkanlage parallel zur Straße „Im Hollergrund“ auf der gesamten Länge ab Beginn Hollergrund in Richtung Lehesterdeich zu beleuchten. Dieser Antrag wurde mehrheitlich (1 JA-Stimme, 3 NEIN-Stimmen und 2 Enthaltungen) abgelehnt.

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr sowie hanseWasser auf, die Bordsteine an der Umleitung für Fußgänger und Radfahrer um die Abwasserumleitung in der Straße „Am Herzogenkamp“ abzusenken. Hierfür können beispielsweise Rampen genutzt werden.

**Begründung:**

Die Bordsteine sind am Übergang von Geh- und Radweg auf die Fahrbahn nicht weit genug abgesenkt und stellen für einige Personengruppen ein Hindernis dar. Insbesondere Passanten, die auf Hilfsmittel mit Rädern (Rollatoren und Rollstühle) angewiesen sind, sind hiervon betroffen. Weiterhin ist der Auffahrtswinkel für Radfahrer aufgrund des geringen Platzes meist zu spitz, weshalb es häufig zu Beinaheunfällen kommt.

**Beschluss:** Der Antrag wird **einstimmig** beschlossen.

**Zu TOP 4: Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung**

Ein Bürger berichtet davon, dass in der Seiffertstraße der Poller, der die Autofahrer vom Durchgangsverkehr behindern soll, durchgängig abgesenkt sei; somit hat der Verkehr in der Straße enorm zugenommen, weil viele Autofahrer nun dort die Durchfahrt nutzen würden.

Frau Jagusch erklärt, dass bei dem Poller die Technik defekt sei, darum wurde ein Bauteil zur Reparatur an den Hersteller geschickt, dies dauere leider etwas länger.<sup>2</sup>

**Zu TOP 5: Nutzungsänderung von einem Wohnheim für Geflüchtete in ein Studentenwohnheim in der Anne-Conway-Straße**

Die Bauakte betreffend die Nutzungsänderung von einem Wohnheim für Geflüchtete in ein Studentenwohnheim in der Anne-Conway-Straße lag bereits dem zuständigen Fachausschuss Bau und Denkmalschutz vor. Jedoch hatten die Mitglieder des Fachausschusses Fragen. Die Fragen wurden gesammelt und im Vorfeld an die zuständigen Ressorts mit der Bitte um Antwort auf der Sitzung zugeschickt.

Frau Jagusch begrüßt Herrn Kaal vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und Frau Kreuzer von der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport.

Herr Kaal weist darauf hin, dass die Baugenehmigung bereits erteilt wurde, hier ginge es lediglich um eine informative Darstellung der Nutzungsänderung des Gebäudes.

Frau Jagusch betont, dass es auch um die Beantwortung der zuvor übersandten Fragen ginge.

Frau Kreuzer erklärt, dass viele Fragen, die im Fragenkatalog gestellt wurden, bereits in der Senatsvorlage vom 28. August 2018 beantwortet wurden; außerdem seien viele Fragen dabei, die lediglich das Ressort der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz beantworten könne. Darum bedauere sie es, dass kein Vertreter aus diesem Ressort anwesend wäre. Frau Kreuzer erläutert, dass sich momentan 1.012 Geflüchtete in Bremen befinden (Stand vom 15. September 2018), von denen seien 728 Personen in Aufnahmestellen untergebracht. Vierteljährlich finde eine Prüfung statt, wie viele Stellen in Bremen benötigt werden; die nächste Überprüfung stünde Ende September an, jedoch sei mit einem Abbau der Stellen momentan nicht zu rechnen.

Man habe bereits im Oktober 2017 mit dem Studierendenwerk und der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz Kontakt aufgenommen. Anfang des Jahres 2018 wurde überlegt, ein Gebäude für die Unterbringung von Studierenden zu nutzen; wie es auch ursprünglich vorgesehen war. Der neue Eigentümer ist Catella, die Zech Group hat die Gebäude verkauft. Die Frage bezüglich der Mieten sei Sache des Eigentümers, so Frau Kreuzer. Die Horner Eiche sei für die Erstaufnahme am besten geeignet, dafür seien keine Bauarbeiten von Nöten. Für die Unter-

<sup>2</sup> *Nachträgliche Anmerkung der Protokollführerin:* Auf Nachfrage seitens des Ortsamtes beim Amt für Straßen und Verkehr, habe die swb Beleuchtung die Rücksendung des defekten Bauteils für Anfang Oktober zugesagt, die Instandsetzung würde dann umgehend erfolgen.

bringung für Familien jedoch schon, darum käme dieses Gebäude für die Unterbringung nicht in Frage. Im Gebäude in der Anne-Conway-Straße könnten bis zu 250 Geflüchtete einziehen, das bedeute aber nicht, dass auch wirklich so viele einziehen werden, so Kreuzer. Sie bietet an, am Ende des Jahres einen entsprechenden Bericht dem Beirat vorzustellen. Im Frühling 2019 finde eine Evaluation statt, darin werde ausgewertet, wie das Zusammenleben zwischen Studierenden und Geflüchteten funktioniere. Frau Kreuzer bietet an, auch diese Ergebnisse der Evaluation dem Beirat vorzustellen.

Auf Nachfrage erläutert Frau Kreuzer, dass die monatlichen Gesamtkosten sich auf 139.000 Euro belaufen, die Hälfte werde von der Sozialbehörde getragen, die andere Hälfte vom Wissenschaftsressort.

Frau Dr. Eckardt fragt nach, was günstiger wäre, an Geflüchtete oder an Studierende zu vermieten. Frau Kreuzer erläutert, dass der Mietvertrag zehn Jahre laufe, es käme darauf an, wieviel Fläche vermietet werde, eine pauschale Antwort sei nicht möglich.

Frau Dr. Eckardt beschwert sich darüber, dass man noch immer keine Nachricht erhalten habe, ob die ZAST nun in die Horner Eiche einzieht oder nicht; denn hier würden 34.000 Euro monatlich für ein leer stehendes Gebäude bezahlt. Frau Kreuzer erläutert, dass geflüchtete Erwachsene und Familien anders untergebracht werden als unbegleitete Minderjährige.

Weiterhin regt Frau Dr. Eckardt die Prüfung an, das vierte Gebäude ebenfalls für die Unterbringung von Studierenden zu überlassen.

Frau Kreuzer erklärt, dass momentan im Erwachsenenbereich für die Unterbringung von Geflüchteten kein anderes leer stehendes Gebäude zur Verfügung stünde.

Herr Koppel und Herr Porthun tauschen unterschiedliche Ansichten zur Unterbringung von geflüchteten Erwachsenen und Familien in der Horner Eiche aus.

Frau Hanke bemängelt, dass der neue Eigentümer Catella als Investmentunternehmen mit der Immobilie ausschließlich Geld verdienen möchte. Die Miete für die Appartements sei für Studenten unerschwinglich. Sie habe sich gewünscht, dass das Studierendenwerk auch die anderen beiden Gebäude übernehme. Über die Beweggründe, dies nicht zu tun, könne gegebenenfalls in einer weiteren Beiratssitzung diskutiert werden. Sie könne sich auch vorstellen, Alleinstehende und wohnungslose Personen in leerstehenden Appartements unterzubringen, denn gemischtes Wohnen sei in diesem Stadtteil ausdrücklich erwünscht.

Frau Kreuzer äußert Sympathie für den Vorschlag. Sie ergänzt, dass die Wohnungsmiete nie Bestandteil der Planungsgrundlage für ein Gebäude ist.

Herr Mazur schließt sich der Kritik hinsichtlich der monatlichen Mietkosten an. Herr Kaal erklärt nochmals, dass es in der heutigen Sitzung lediglich um die Nutzungsänderung ginge.

Auf Nachfrage von Herrn Mazur erklärt Frau Kreuzer, dass vierteljährlich eine Überprüfung stattfindet, dabei werden mehrere Unterkünfte geprüft. Die Flüchtlingslage sei noch immer wie damals im Jahr 2015. Momentan müssten noch 785 Plätze erschlossen werden. Dabei werde auf den gehobenen Standard bei Unterbringungen geachtet, dass schränke die Suche natürlich ein.

Herr Kaal fügt hinzu, dass die Konditionen des Studierendenwerks und eines privaten Anbieters selbstverständlich unterschiedlich seien. FIZZ verlange wohl ähnliche Miete wie Catella.

Frau Bäuerlein bemängelt, dass man eigentlich genau diese Entwicklung vermeiden wollte, dass ein „zweites FIZZ“ entstehe.

Frau Jagusch schließt die Fragerunde und bedankt sich bei den Referenten.

## Zu TOP 6: Vortrag über die Auswirkungen des Klimawandels

Herr Schirmer möchte mit seinem Vortrag ein Update zum aktuellen Klima- und Wetterwandel regional und global geben. Des Weiteren wolle er zum Anstieg des Meeresspiegels referieren und auf die Region Unterweser und auf den Küstenschutz in Bremen eingehen.

Hauptursache für den Klimawandel sei die drastische Zunahme der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre. Dieses führe dazu, dass beispielsweise Temperaturen anstiegen. Man könne den Klimawandel nicht leugnen, denn extreme Naturereignisse würden ohne Klimawandel nicht auftreten. Der Temperaturanstieg sei in der Luft als auch im Wasser messbar. So sei auch der Wert der Mitteltemperatur in Deutschland seit 1881 um 1,4 Grad Celsius, die Temperatur der Nordsee sei seit 1962 um 1,7 Grad Celsius gestiegen. In Bremen sei die Durchschnittstemperatur seit den 1990er Jahren um circa drei Grad Celsius gestiegen<sup>3</sup>.

Wissenschaftler befürchten, dass der Wechsel zwischen den Jahreszeiten zunehmend verschwinde, der Winter zu feucht sei und keinen Frost mehr bringe und der Sommer immer trockener und heißer werde. Für die hiesige Flora und Fauna seien aber gerade diese Wechsel wichtig.

Auf der Grundlage der vorliegenden Daten vermuten Wissenschaftler, dass sich in Norddeutschland die Natur enorm verändern werde und im Sommer beispielsweise auch starke Dürreereignissen eintreten. Die phänologische Uhr Bremens habe sich bereits seit den 1990er Jahren sehr verändert. Der Winter ist mittlerweile fast drei Wochen kürzer, der Herbst dagegen messbar zwölf Tage länger.

Der Klimawandel werde das gesamte Wetter verändern – die Niederschläge werden zunehmen, aber zur falschen Jahreszeit; die Sommer würden immer trockener werden, die Winter dagegen immer feuchter, dies würde zu Hochwasserereignissen führen.

Von Jahr zu Jahr schwinde das Eis in der Arktis und Antarktis. Diese Schmelze führe zu einem Anstieg des Meeresspiegels; etwa 3,4 Millimeter pro Jahr. Gleichzeitig senke sich die Küste immer weiter ab; circa vierzig Zentimeter pro Jahrhundert. Für Bremen zeichne er ein dramatisches Bild, denn Bremen läge wie in einer Zange zwischen der Wümmen und der Weser. Ohne Deiche wäre Bremen schon längst unter Wasser.

Man gehe davon aus, dass bei einem Wasserstand ab sechseinhalb Meter Normalhöhennull die Deiche um Bremen versagen könnten. Dabei unterliegen rund 86 Prozent des Stadtgebiets einer potentiellen Gefährdung durch Hochwasser. Innerhalb dieser gefährdeten Gebiete leben rund 515 Tausend Menschen. Mit der Weservertiefung würde sich die Situation weiter verschärfen.

2006 wurde zwischen den Bundesländern Bremen und Niedersachsen ein Generalplan<sup>4</sup> zum Küstenschutz geschlossen. In diesem Generalplan seien die notwendigen Maßnahmen des Küstenschutzes zusammengestellt. Gemäß Artikel 91a Grundgesetz handele es sich um eine Aufgabe der Länder, bei deren Erfüllung der Bund mitwirke. In Niedersachsen bilde die gesetzliche Grundlage für den Küstenschutz das Niedersächsische Deichgesetz (NDG), in Bremen das Bremische Wassergesetz (BremWG). Beide Bundesländer haben sich darauf geeinigt, dass die Deiche erhöht und verstärkt werden müssen. Unter Berücksichtigung des durch den Klimawandel beschleunigten Meeresspiegelanstiegs habe man sich für weitere fünfzig Zentimeter Zuschlag an Höhe geeinigt. Für Bremen-Stadt müssten damit die Deiche und die technischen Schutzeinrichtungen um etwa achtzig bis Hundert zwanzig Zentimeter erhöht werden.

---

<sup>3</sup> Die Jahresmitteltemperatur in Bremen: 2012: 9,7°C; 2013: 9,3°C; 2014: 11,1°C; 2015: 10,3°C; 2016: 10,2°C; 2017: 10,2°C

<sup>4</sup> Veröffentlichung März 2007

Mittlerweile sei der Deichbau eine Ingenieurwissenschaft. Man habe herausgefunden, dass Klei<sup>5</sup> die Deiche stabiler mache. Bei der Vermessung zur Aufstellung des Generalplans zum Küstenschutz für Niedersachsen und Bremen wurde ebenfalls der Kleibedarf ermittelt. Um die Stabilität der Deiche zu erhöhen, müsse man diese immer breiter bauen. Dies führe dazu, dass die Deiche immer mehr Platz in der Landschaft einnehmen würden, darum müsse man sich auch darum kümmern, wie man die neuen breiteren Deiche in der Landschaft „unterbringe“.

Die Finanzierung des Deichbaus verteile sich sowohl auf den Bund als auch auf die betroffenen Bundesländer – der Bund trage grundsätzlich siebzig Prozent von den Investitionskosten für Küstenschutzmaßnahmen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur des Küstenschutzes“ und das jeweilige Bundesland dreißig Prozent der Kosten.

Schirmer verweist nochmal darauf, dass die Lage zwar ernst sei, aber nicht hoffnungslos – man müsse das Klima schützen, denn die Gefahren seien da, man müsse die Deiche verstärken und „neuem Denken“ Raum geben.

Frau Stuck fragt, ob die Nutrias die Sicherheit der Deiche gefährden. Herr Schirmer erläutert, dass die Nutrias sich drastisch vermehrten, die Deiche durchlöcherten und deshalb in Niedersachsen bereits ins Jagdrecht aufgenommen wurden. Dort wurden bereits mehr als zweihundert Tiere erlegt.

Herr Mazur fügt hinzu, dass ein Handeln bezüglich des Klimawandels unbedingt erforderlich sei. Er möchte wissen, wie Herr Schirmer die Weservertiefung und die Elbvertiefung beurteile. Herr Schirmer erläutert, dass beide Vertiefungen aus ökologischer Sicht Katastrophen seien. Durch die Vertiefung der Weser werde der Tidenhub beim jetzigen maximalen Wert von fünf Metern um neun Zentimeter vergrößert. Dabei sei aber bereits bei einem Wasserstand von zwei Metern siebzig festgelegt, dass das Lesumsperrwerk gesperrt werde – das käme bereits jetzt circa zweihundert Mal im Jahr vor.

Frau Dr. Eckardt erfragt die aktuellen Regelungen in Bremen, um einer steigenden Nutriapopulation Herr zu werden. Herr Mazur antwortet, dass der Bremer Senat beabsichtige, Nutrias ins Jagdgesetz aufzunehmen. Herr Schirmer ergänzt, dass der Deichverband pro erlegtes Tier eine Schwanzprämie in Höhe von sechs Euro zahle. Außerdem wurden zehn Lebendfallen mit einem GPS-Signal ausgestattet, aufgestellt.

## **Zu TOP 7: Vorstellung des Forschungsprojektes „BUTEN AKTIV“**

Frau Bammann und Frau Stalling stellen erst sich und dann das Projekt „BUTEN AKTIV“ vor. Frau Bammann erläutert, dass es sich um ein Forschungsprojekt der Universität Bremen handle, welches dem Fachbereich 11 der Human- und Gesundheitswissenschaften zugeordnet sei. „BUTEN AKTIV“ sei gleichzeitig ein Teilprojekt des Präventionsnetzwerkes für gesundes Altern im Nordwesten – AEQUIPA<sup>6</sup>. Das Netzwerk wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Die erste Förderphase verlief vom 1. Februar 2015 bis 31. Januar 2018, nun befinde man sich in der zweiten Förderphase, die am 1. Februar 2018 begann und bis 31. Januar 2021 andauere. Ziel des Projektes sei, die körperliche Aktivität im Freien der 65- bis 75-Jährigen

---

<sup>5</sup> „Als Klei wird ein Marschenboden bezeichnet, der aus einem Gemisch von Ton, Schluff und Sand mit organischen Anteilen besteht. Die Eigenschaften von Klei sind je nach Entnahmestelle sehr unterschiedlich. Die Verwendung von Klei hat sich in der Geschichte des Deichbaus beständig verändert; der Bedarf wurde immer höher- Heute werden bis zu neun Meter hohe Deiche als Sandkerndeiche mit einer Kleiabdeckung hergestellt. Für einen Kilometer Deich werden bis zu 200.000 Tonnen Klei benötigt.“ (Quelle: Carstens, NLWKN, Küstenschutz)

<sup>6</sup> „AEQUIPA ist ein Präventionsforschungsnetzwerk zur Untersuchung körperlicher Aktivität als Schlüsselfaktor für gesundes Altern mit Fokus auf gesundheitlicher Chancengleichheit bei Primärinterventionen. Auf Grundlage des sozial-ökologischen Modells befasst sich das AEQUIPA-Netzwerk sowohl mit kontextbezogenen Aspekten körperlicher Aktivität als auch mit Interventionsforschung zur Unterstützung einer Verhaltensänderung bei älteren Erwachsenen, unter anderem durch die Anwendung neuer Technologien. Das Netzwerk verbindet auf einzigartige Weise Expertise aus verschiedenen Bereichen wie Public Health, Psychologie, Stadtplanung, Sportwissenschaften, Gesundheitstechnologie und Geriatrie.“ (Quelle: <http://www.aequipa.de/ueber-aequipa.html>)

zu erfassen, zu fördern und zu erhalten. Die erste Förderphase, die bis Januar 2018 verlief, war eine Pilotstudie, die in Bremen-Hemelingen durchgeführt wurde. Die zweite Förderphase, die seit Februar 2018 läuft, beinhaltet die Erprobung des Konzeptes in acht Bremer Ortsteilen.

Zunächst erfolge eine Bedarfsanalyse. Dabei finden Begehungen des Ortsteiles statt (dabei werden alle Straßen des Ortsteils dokumentiert und begutachtet, auf dem Erhebungsbogen werde der Zustand der Straßen und der Rad- und Fußwege und das Vorhandensein von Sitzmöglichkeiten, Begrünung und öffentlichen Toiletten erfasst). Und es werden vorhandene Dokumente zum Stadtteil eingesehen. Gleichzeitig werde die Bevölkerung angeschrieben und zur „BUTEN AKTIV“-Gesundheitsuntersuchung eingeladen.

Danach finde gemeinsam mit den Akteuren und der Bevölkerung eine Maßnahmeentwicklung im Ortsteil statt. In der anschließenden Phase finde die Evaluation des Projektes statt und Ergebnisse aus der Gesundheitsuntersuchung vor und nach der Maßnahme verglichen.

Die Auswahl der Ortsteile erfolgte durch eine einfache Zufallsstichprobe. Von 88 möglichen Bremer Ortsteilen waren 51 in der Ziehung – es ergab sich zufällig, dass sowohl Lehe als auch Lehesterdeich ausgewählt wurden.

Frau Bammann erläutert den Zeitplan. Die erste Phase der Gesundheitsuntersuchung sei in Lehe abgeschlossen, während Lehesterdeich jetzt starte. In Lehe beginne nun die zweite Phase – dabei werden Ideen und Maßnahmen entwickelt, um die körperliche Aktivität im Freien zu fördern.

Frau Stalling erklärt, welche Leitfragen bei der Bedarfsanalyse ausschlaggebend waren. Beispielfhaft seien zu nennen:

Wie bewegungsaktiv sind Menschen in der Altersgruppe 65-75 Jahre?

Wie nimmt diese Altersgruppe ihren Ortsteil wahr?

Welche Vorstellungen, Wünsche und Bedürfnisse sind vorhanden?

Und welche Einschränkungen sind vorhanden, beispielsweise in Bezug auf die individuelle Gesundheit und den öffentlichen Raum?

Weiter erläutert sie den Ablauf der Gesundheitsuntersuchung. Dabei werde zunächst ein Fragebogen mit Fragen zum Gesundheitszustand und zur Wohnumgebung an potentielle Teilnehmer – die Daten stammen aus dem Melderegister – des Projektes verschickt.

Der Fragebogen wurde in Lehe in der Zeit zwischen Juni und August 2018 verschickt, in Lehesterdeich ist dieser Zeitraum von September bis Dezember 2018 anberaumt. Nachdem die Antworten bei „BUTEN AKTIV“ eingegangen seien, erfolge die telefonische Terminvereinbarung zur körperlichen Untersuchung – dabei werden beispielsweise der BMI und der Blutdruck gemessen. Bei dem darauffolgenden Fitness-Test werden die Kraft, die Flexibilität, die Ausdauer und das Gleichgewicht des Probanden getestet – dieser Termin dauere für die Teilnehmer in der Regel circa fünfzig Minuten. Das Untersuchungszenrum – zuständig für Lehe und Lehesterdeich – befinde sich an der Universität. Um die Bewegung ebenfalls zu messen, werden an die Teilnehmer Bewegungsmesser verteilt, die ihre Bewegungen eine Woche lang dokumentierten.

Der aktuelle Stand zur Beteiligung in Lehe sieht momentan folgendermaßen aus: Von den 685 angeschriebenen Personen, wurden 145 nie erreicht, 24 sind noch offen, 147 Personen haben bislang teilgenommen: 98 Prozent von ihnen haben den Fragebogen beantwortet, 88 Prozent haben an der körperlichen Untersuchung und dem Fitness-Test teilgenommen und 82 Prozent haben an der ein wöchigen Bewegungsmessung teilgenommen. Nicht teilgenommen haben 370 Personen, aus unterschiedlichen Gründen: viele haben ihre Teilnahme verweigert, einige sind zu krank für die Teilnahme, einige wenige sind verzogen, verstorben oder vom Sinn des Projektes nicht überzeugt.

Frau Stalling erklärt, dass man die gewonnenen Daten mit den Daten der amtlichen Statistik verglichen hätte – der Frauenanteil bei 65- bis 75-Jährigen in Lehe liegt bei 53,7 Prozent, dieser Wert stimmt auch mit dem statistischen Wert überein. 32,9 Prozent leben allein (dabei sind es 46 Prozent Frauen und 17 Prozent Männer). Auch diese Werte kommen denen der Statistik sehr nahe. Laut Statistik leben 33,9 Prozent der 65- bis 75-Jährigen in Lehe allein (davon 42 Prozent Frauen und 20 Prozent Männer). Nach den Untersuchungen von „BUTEN AKTIV“ ergab sich folgende

Bildungsstruktur für die Angehörigen dieser Altersklasse: 42,3 Prozent haben einen Abiturabschluss, 38,9 Prozent einen Realschulabschluss und 18,8 Prozent einen Volksschulabschluss. Diese Werte weichen jedoch von den statistischen Werten ab (30,9 Prozent mit Abitur, 29,9 Prozent mit einem Realschulabschluss und 39,2 Prozent mit einem Volksschulabschluss). 20,1 Prozent sind nach Angaben von „BUTEN AKTIV“ berufstätig (davon 25 Prozent Männer, 16 Prozent Frauen), statistische Werte liegen diesbezüglich nicht vor.

Als Beispiel für gemeinsam entwickelte Maßnahmen nennt Frau Stalling einige Projekte aus Hemelingen: Arthrosesport und Nordic Walking. „BUTEN AKTIV“ sammelte im Ortsteil Hemelingen alle Angebote im Freien und drinnen in einem Schriftstück, dieses wurde danach an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer verschickt und im Stadtteil ausgelegt. Des Weiteren wurde ein Policy Brief verfasst, in dem Mängel und Schwachstellen im Ortsteil aufgezeigt wurden und mögliche Änderungen angestoßen wurden.

Frau Stalling und Frau Bammann erläutern ihre aktuellen Aufgaben im Rahmen des Projektes: In Lehe fand bereits die erste Gesundheitsuntersuchung statt, Straßenbegehungen finden noch bis 31. Oktober statt und die Dateneingabe (genauer die Ersteingabe) laufe momentan. So startet die Maßnahmenentwicklung Ende November.

In Lehesterdeich wurden die ersten Fragebögen verschickt und die ersten Termine vereinbart. Die erste Infoveranstaltung werde für Ende November 2018 geplant. Dabei werden die ersten Ergebnisse aus Lehe präsentiert.

Frau Bammann und Frau Stalling heben den Nutzen des Projektes hervor – die Bevölkerung könne sich aktiv an der Gestaltung des eigenen Ortsteils beteiligen und erhalte eine Rückmeldung zur individuellen körperlichen Verfassung. Die Vernetzung führe zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts zwischen den Teilnehmern. Gleichzeitig werde eine fundierte Datenlage für Lehe und Lehesterdeich erhoben.

Aufgrund der Größe des Ortsteils Lehesterdeich seien die Projektleiter neugierig, wie viele Personen mitmachten. Die Beiratsmitglieder loben das Projekt. Sie seien auf die Bilanz gespannt.

#### **Zu TOP 8: Globalmittelanträge: ./.**

#### **Zu TOP 9: Mitteilungen der stellvertretenden Beiratssprecherin**

Frau Hanke berichtet vom Runden Tisch Jugend. Dort sei wiederholt auf den desolaten Zustand von Sporthallen im Stadtteil verwiesen worden. Außerdem wurde die fehlende Zusammenarbeit zwischen dem Jugendhaus und dem Jugendbeirat ausführlich diskutiert. Diese Problematik solle noch einmal im Fachausschuss Soziales aufgegriffen werden.

Des Weiteren zeichne sich ab, dass vom Hauptbahnhof verdrängte wohnungslose Menschen einen neuen Aufenthalt in Horn-Lehe suchten und dafür beispielsweise das Foyer der Sparkasse oder das Grundstück der Kirchengemeinde Horn aufsuchen würden. Aufgrund der Aktualität müsse dringend gehandelt werden. Sie schlage als ersten Schritt einen Runden Tisch vor.

#### **Zu TOP 10: Mitteilungen des Ortsamtes**

Frau Jagusch erörtert, dass der vorhabenbezogener Bebauungsplan 137 zur Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen-Horn-Lehe zwischen Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max-von-Laue-Straße und dem Autobahnzubringer Universität für die Errichtung eines Bürogebäudes der neuen Hauptstelle der Sparkasse Bremen AG zur Einsicht im Ortsamt Horn-Lehe sowie beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im Zeitraum vom 18. September 2018 bis 18. Oktober 2018 öffentlich ausliege. Die Planungen können während der Öffnungszeiten im Ortsamt Horn-Lehe eingesehen werden. Stellungnahmen gegen den Plan können bis zum 18. Oktober 2018 vorgebracht werden.

Außerdem teilt Frau Jagusch die Termine für die nächsten Sitzungen mit:

- 15. Oktober 2018, 17:30 Uhr Jugendbeirat

- 18. Oktober 2018, 19:15 Uhr Beirat
- 30. Oktober 2018, 18:30 Uhr Fachausschuss Zukunft

### **Zu TOP 11: Verschiedenes**

Herr Koppel berichtet, dass der Gasgrill für den Verein „Freunde des Rhododendronparks“, dessen Finanzierung bei der letzten Beiratssitzung aus den Globalmitteln genehmigt wurde, angeschafft wurde und dieser gerne ausgeliehen werden könne. Außerdem macht Herr Koppel auf den Laterrenlauf am 2. November 2018 aufmerksam.

---

Jessica Jagusch  
- Vorsitzende -

---

Catharina Hanke  
- stellv. Beiratssprecherin -

---

Olga Rudi  
- Protokollführerin -